

Was nun UNO?

Die Arabische Liga will jetzt ein Votum des Sicherheitsrats gegen Israels Schutzzaun

VON MATTHIAS B. KRAUSE

Vielleicht hätte sein Chef deutlichere Worte gefunden. Doch Arye Mekel, stellvertretender Botschafter Israels am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York, gilt als der Besonnenere von beiden – und als großer Freund Deutschlands. Also verwob er seine Kritik an Berlin mit einer Analyse der gesamtpolitischen Lage: „Wir sind traurig und enttäuscht von ganz Europa. Alle haben geschlossen gegen uns gestimmt.“

Die Schlappe in der UN-Vollversammlung in der vergangenen Woche war wesentlich deutlicher ausgefallen, als die Israelis sich das vorgestellt hatten. Mit hundertfünfzig Ja-Stimmen bei sechs Gegenstimmen, die wichtigsten davon aus Washington und Canberra, und zehn Enthaltungen forderten die UN-Delegierten die Umsetzung der Ratschläge des Internationalen Strafgerichtshofes: den sofortigen Abbau des Sperrzaunes zu den Palästinensergebieten und eine Entschädigung der Betroffenen.

Schon die Deutlichkeit des Gutachtens der Richter in Den Haag war in Tel Aviv mit Erstaunen aufgenommen worden, nun fühlt man sich alleine gelassen. Und die nächste Nagelprobe deutet sich bereits an. Die Arabische Liga erklärte nach ihrem Erfolg in der UN-Vollversammlung, daß sie die Mauer-Frage auch in den Weltsicherheitsrat einbringen werde. Denn erst wenn der ebenfalls im Sinne der Richter in den Niederlanden entscheiden würde, zöge der Beschluß auch praktische Konsequenzen nach sich. Anders als die weitge-

hend symbolischen Resolutionen der Vollversammlung sind jene des Weltsicherheitsrats völkerrechtlich verbindlich.

„Wir rechnen nicht damit, daß vor September etwas geschieht“, sagt Mekel, „bis dahin ist die UNO im Tiefschlaf.“ Doch selbst nach der Sommerpause wird eine Verurteilung im Sicherheitsrat keine Chance haben, im Zweifelsfall schreiten wie früher schon die USA mit ihrem Veto ein. Eiertänze werden dagegen wieder die Europäer und erst recht die Deutschen vollführen müssen. Die Delegation um Botschafter Gunter Pleuger hatte bereits in der vergangenen Woche sämtliche diplomatischen Künste aufgewendet, um die Resolution gegen Israel wenigstens zu entschärfen. Mit ihrer Drohung, sonst die EU-Staaten und ihre üblicherweise rund vierzigstimmige Gefolgschaft zur Enthaltung zu bewegen, erreichten die deutschen Diplomaten, daß die Antragssteller an ihrem Papier in letzter Minute deutliche Änderungen vornahmen.

Jetzt enthält es eine Passage, die das Recht der Israelis auf Selbstverteidigung betont. Außerdem wird die palästinensische Regierung aufgefordert, den Terror, der von ihrem Boden ausgeht, zu stoppen. Danach gaben die Deutschen grünes Licht. Denn durchgekommen wäre die Resolution ohnehin, und lediglich wegen der Freundschaft zu Israel ändert sich die Position Berlins zum geltenden Völkerrecht nicht. Und das, daran hatten die Den Haager Richter keinen Zweifel gelassen, werde durch den Bau des israelischen Sicherheitszauns verletzt.



Illustration: Alfred Schüssler

Ungeliebte Beobachter

„Honestly Concerned“ engagiert sich für eine faire Nahost-Berichterstattung

VON TOBIAS KAUFMANN

Ein dicker Jude mit Kippa und Davidstern auf dem Rücken stürmt durch das fiktive Café Chez Jacques. Der bestürzte Cafébesitzer, der Frankreichs Premier sein soll, sieht umgekippte Stühle, zertrümmerte Tische, eine Spur der Verwüstung, die der Rüpel – Ariel Sharon? – hinterlassen hat. Über dem Kopf des Randalierers steht: „Warum spüre ich keine Sympathie?“

Für die Mitglieder von *Honestly Concerned* (HC), einem Zusammenschluß jüdischer und nichtjüdischer Bürger, die die Nahostberichterstattung in deutschsprachigen Medien kritisch beobachten, ist die Karikatur, die kürzlich in der *Süddeutschen Zeitung* erschien, kein überspitzter Kommentar mehr. Der Zeichner hat aus Sicht von Sacha Stawski, dem Gründer von HC, auf das klassische anti-jüdische Klischee zurückgegriffen, nach dem die Juden selbst daran schuld sind, wenn sie abgelehnt oder gehaßt werden. Also veröffentlichte HC die Karikatur in einem seiner Newsletter mit Presseberichten und Hintergrundinformationen zum Nahen Osten und zu Antisemitismus. Die israelische Tageszeitung *Jediot Achronot* dokumentierte die Zeichnung als antisemitisch. Abonnenten des HC-Newsletters waren empört. Für die *Süddeutsche Zeitung* bedeutete dies einen Schwung Leserpost. Denn HC fordert dazu auf, Medien direkt anzuschreiben, die aus Sicht der aktiven Mitglieder der Liste Falschinformationen,

unfaire oder gar antisemitische Klischees verbreiten. SZ-Chefredakteur Gernot Sittner hat sich inzwischen für die Karikatur entschuldigt – ein gutes Zeichen für Stawski, aber längst kein alltägliches.

Angefangen haben Stawski und seine Mitstreiter im Mai 2002, auf dem Höhepunkt der Müllemann-Affäre. In einer Anzeige in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* riefen sie zu Engagement gegen „Stimmenfang im braunen Sumpf“ auf. Daraus wurde ein elektronischer Pressepiegel gegen Antisemitismus und für eine wahrhaftige Nahostberichterstattung. Die Kombination von professioneller Auswertung aller wichtigen deutschsprachigen Medien und dem Engagement von Laien ist selbst in den USA selten. Dort ist Medienbeobachtung durch Lobbygruppen etwas ganz Normales. „Wir wollen einerseits Menschen ermöglichen, ihrem Frust Luft



Fakten zum Sperrzaun: Newsletter von Honestly Concerned

Screen: Limberg

zu machen. Deshalb veröffentlichen wir im Newsletter auch Briefe, die unsere Listenbezieher schreiben. Auf der anderen Seite wollen wir einen professionellen Überblick über gelungene und schlechte Berichterstattungen anbieten und Ansprechpartner für Journalisten sein. Wir wollen sie auf Fehler oder unbedachte Klischees aufmerksam machen und ihnen Hintergrundinformationen geben“, sagt Stawski, der sich als Jude in Frankfurt am Main gezwungen sah, mehr über den Nahostkonflikt zu wissen. Während die HC-Newsletter inzwischen für rund zehntausend Interessierte eine anerkannte Informationsquelle sind, mußte HC zuletzt für seine Leserbriefkampagnen Kritik einstecken. Anfang Juni beim Treffen des Journalistenvereins *Netzwerk Recherche* unterstellten die knapp zweihundert Teilnehmer Stawski, HC wolle jede kritische Berichterstattung über Israel mit der Antisemitismuskeule erschlagen. Als Beispiel wurden Leserbriefe von Listenempfängern angeführt, die sich gegenüber dem *Süddeutsche*-Redakteur Hans Leyendecker im Ton vergriffen hatten. „Ich habe mich dafür entschuldigt und betont, daß wir selbst nie Medien als antisemitisch bezeichnet haben. Als ich sagte, daß wir keine Bedrohung sind, sondern Partner sein wollen, wurde ich ausgelacht“, berichtet Stawski. Später legte das NDR-TV-Magazin *ZAPP* nach und beschuldigte HC, Rufmordkampagnen gegen Journalisten zu inszenieren. „Niemand wird gern kritisiert, auch Jour-

nalisten nicht“, sagt Stawski. Er legt Wert darauf, daß HC grundsätzlich nur Inhalte angreift, nie Journalisten persönlich. „Die meisten kritikwürdigen Artikel oder Fotos entstehen nicht aus Böswilligkeit, sondern aus Fahrlässigkeit oder Unwissenheit.“ Stawski ist überzeugt, daß Hinweise auf Fehler nicht unerwünscht sind. „Zu deutschen Korrespondenten in Israel haben wir Kontakt, manche lesen unsere Informationen, andere tauschen sich mit uns aus.“

Als Konsequenz daraus, daß wenige polemische Leserbriefe die ganze Arbeit belasten, hat Stawski den Zugang zu HC erschwert und nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Leserbriefschreiber, die aufgrund einer HC-Information tätig werden, sachlich und höflich bleiben sollen. Gänzlich verzichten auf die Leserbriefaktionen, die laut Stawski höchstens zehn Prozent der HC-Arbeit ausmachen, will die Gruppe derzeit nicht. „Die meisten unserer Leser schreiben wichtige, intelligente Briefe.“ Auch dem zweiten Vorwurf, dem er sich ständig ausgesetzt sieht – daß HC von der israelischen Botschaft oder gar dem Mossad finanziert werde –, dementiert Stawski. „Einige Spender geben uns geringe Summen und ein Berliner Verlag stellt uns einen PC-Arbeitsplatz zur Verfügung.“ Das Vorbild von HC, CAMERA, das die gesamte amerikanische Nahostberichterstattung kritisch begleitet, beschäftigt siebzehn Mitarbeiter.

www.honestly-concerned.org

Gift für die politische Kultur

Böll-Stiftung und AJC über Antisemitismus

Die Heinrich-Böll-Stiftung und das American Jewish Committee Berlin (AJC) haben sich besorgt über antisemitische Vorfälle in Schulhöfen und Sportstätten geäußert. Gleichzeitig präsentierten sie in der vergangenen Woche in Berlin ein gemeinsames Papier zur Bekämpfung antisemitischer Tendenzen. Darin heißt es: „Wir sind zunehmend besorgt über die wachsende Anzahl von antisemitischen Vorfällen in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten.“ Dies reiche von Anfeindungen beim Sport und in der Schule bis hin zu bedenklichen Äußerungen von Bundestagsmitgliedern und anderen gesellschaftlichen Repräsentanten, sagte Deidre Berger, Leiterin des Berlin-Büros des American Jewish Committee. Die Zahl der antisemitischen Delikte habe in Deutschland wie in anderen europäischen Ländern in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen.

Ralf Fücks, Vorstand der Böll-Stiftung, betonte, daß die Auseinandersetzung mit antisemitischen Tendenzen nicht auf die jüdische Gemeinschaft in Deutschland abgewälzt werden dürfe, sondern Sache aller Demokraten sein müsse. Das Papier zieht eine klare Linie zwischen legitimer Kritik an Israel und der Infragestellung des Existenzrechts Israels als jüdischer Staat. Das „Policy Paper“ *Der neue alte Antisemitismus* analysiert die Herausforderung des Antisemitismus in Deutschland und Europa in seinen verschiedenen Erscheinungsformen und formuliert politische Empfehlungen an Politik und Gesellschaft.

„Antisemitismus vergiftet die politische Kultur“, sagte Ralf Fücks. „Antisemitismus ist nicht nur ein Problem an den politischen Rändern, sondern ist in der deutschen Mehrheitsgesellschaft tief verwurzelt“, heißt es in den Empfehlungen. Es müsse dabei bleiben, „daß niemand mit antisemitischer Stimmungsmache Karriere machen kann“. Weiterhin heißt es in dem Papier: „Politik und Gesellschaft müssen dagegen Einspruch erheben, die Erinnerung an den Holocaust durch Aufrechterhaltung mit dem Leid der deutschen Zivilbevölkerung oder der Vertriebenen zu relativieren.“ Über die legitime Erinnerung an die Leiden der Deutschen dürfe das Verhältnis von Ursache und Wirkung nicht aus dem Blick geraten. Es bleibe eine entscheidende Differenz zwischen dem Völkermord an den Juden und der Gewalt, der die deutsche Zivilbevölkerung ausgesetzt gewesen sei.

Das Papier fordert ebenso eine deutliche Abgrenzung gegenüber antisemitischen Ressentiments in allen politischen Lagern. Ein spezifisches Problem aber sei der militante Antisemitismus unter Migranten mit arabisch-muslimischem Hintergrund, der durch einschlägige Internetseiten, Videos und Fernsehsendungen via Satellit geschürt werde. Dieser Gefahr müsse auch durch eine bessere soziale und politische Integration von Migranten begegnet werden. Aber auch die Zivilgesellschaft sei aufgerufen, „deutlicher als bisher gegen Erscheinungen des Antisemitismus unter Einwanderern Stellung zu beziehen“.

Die Empfehlungen sind das Resultat einer Reihe von Expertengesprächen im Vorfeld der Berliner OSZE-Konferenz zu Antisemitismus, darunter Ulrich Herbert, Michael Wolffsohn, Doron Kiesel und Eberhard Seidel. ja/dpa

kurznotiert

Gefährdung

Erneut ist in Brandenburg ein Bundeswehrangehöriger als rechter Schläger festgenommen worden. Einer der beiden Rechtsradikalen, die vor einer Woche einen Siebenundzwanzigjährigen in Burg im Spreewald krankenhaushausreif schlugen, leistet seinen Wehrdienst bei einem Regiment in Storkow (Oder-Spree), sagte ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums auf Anfrage. Erst vor wenigen Tagen hatte ein Zeitsoldat der Bundeswehr in Brandenburg/Havel einem Kenianer mit einer Flaschenscherbe in den Hals gestochen. dpa

Protest

Die SPD hat die von der niedersächsischen Landesregierung beschlossene Auflösung des Härtefonds für Verfolgte des NS-Regimes kritisiert. „Den Niedersächsischen Härtefonds zum Jahr 2005 sang- und klanglos zu streichen, ist ein Schlag ins Gesicht aller, die unter der Nazizeit gelitten haben und aller, die sich heute für die Wiedergutmachung ehrenamtlich einsetzen“, sagte der Landtagsabgeordnete Walter Meinhold. Der SPD-Politiker ist auch Vorsitzender des Beirates des Härtefonds. Das Innenministerium wies die Vorwürfe zurück. Innenminister Uwe Schünemann (CDU) will 2005

durch die Aufhebung des NS-Härtefonds 94.000 Euro einsparen. Bereits bewilligte Leistungen sollen aber noch bezahlt werden. Ein Sprecher des Innenministeriums sagte, in einundzwanzig Fällen zahle das Land den Betroffenen bis ans Lebensende Beihilfen. Dafür seien pro Jahr 35.000 Euro veranschlagt. Der Härtefonds für NS-Verfolgte in besonderen Notlagen wurde 1990 auf Beschluß des Landtages eingerichtet. Nach Darstellung Meinholds wurden bisher von rund 2.600 Anträgen 90 Prozent bewilligt. Dabei ging es mehrheitlich um Einmalzahlungen, aber auch um laufende Beihilfen. dpa

Bedrohung

Das Simon-Wiesenthal-Zentrum in Jerusalem verdächtigt zehn Polen wegen Verbrechen an Juden während des Zweiten Weltkriegs. Seit der Einrichtung eines Infotelefon und der Auslobung einer Belohnung in Polen und sieben osteuropäischen Staaten Mitte Juni hätten sich mehrere Dutzend Anrufer mit Hinweisen auf Polen gemeldet, die sich an der Ermordung von Juden beteiligt hätten. Unterdessen hat in Kroatien die radikale Gruppe *Anti-Jewish Movement* mit der Ermordung des Leiters des Zentrums, Ephraim Zuroff, und in Kroatien lebender Juden gedroht. dpa/ja

Versäumnis

Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder macht in letzter Zeit für alles Unerfreuliche die Schulen oder das Lehrpersonal verantwortlich. Vor kurzem noch hat Dr. Schröder der Lehrerschaft den Vorwurf gemacht, in den vergangenen fünf Jahren versäumt zu haben, den Schülern den Text der dritten Strophe des Deutschlandliedes beigebracht zu haben. Nur so sei es zu verstehen, daß Rundfragen in den Schulen ergeben hätten, daß die Schüler den Text gar nicht kennen. „ALLGEMEINE WOCHENZEITUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND“, 27. JULI 1954

» VOR 50 JAHREN «